

KURZ NOTIERT

von Henri Myrntinen

Der Autor ist promovierter Friedens- und Konfliktforscher.

Umstrittenes Mediengesetz weiterhin in der Schwebe

Das im Mai 2014 vom osttimoresischen Parlament verabschiedete umstrittene Mediengesetz ist weiterhin in der Schwebe. Präsident Taur Matan Ruak leitete das Gesetz am 14. Juli an das Oberste Berufungsgericht weiter anstatt es zu unterschreiben, damit das Gericht seine Verfassungsmäßigkeit überprüft. Seitens der osttimoresischen Medien und Zivilgesellschaft ist das Gesetz auf

massiven Widerstand gestoßen, da zu befürchten steht, dass der darin vorgesehene staatliche Presserat die Tätigkeit internationaler Medien, unabhängiger »citizen journalists« sowie von NGOs stark beschränken wird. Auch akkreditierten osttimoresischen JournalistInnen könnte laut Gesetzesvorlage die Lizenz entzogen werden, sollten sie gegen nicht genauer formulierte »öffent-

liche Interessen« oder die »nationale Kultur« verstoßen. Neben der nationalen Kritik forderten auch internationale Medien, NGOs (unter anderem Human Rights Watch), aber auch die US-Botschaft in Dili ein Umdenken von der Regierung. Wann das Gericht über das Gesetz entscheiden wird, steht noch offen.

Lao Hamutuk, 22.7.2014

Pacific Scoop, 30.7.2014

Konferenz portugiesischsprachiger Länder in Dili

Am 22.–23. Juli fand in der osttimoresischen Hauptstadt Dili die zehnte Konferenz der Staatschefs der CPLP (*Comunidade dos Países de Língua Portuguesa* – Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder) statt. Das Forum, dem neben Osttimor auch Angola, Brasilien, Guinea-Bissau, Kap Verde, Mosambik, Portugal, und São Tomé und Príncipe angehören, ist international zwar relativ unbekannt, für das südostasiatische

Land jedoch von großer symbolischer Bedeutung. Die Einführung des Portugiesischen als Amtssprache 2002 war im Land sehr umstritten, nun Gastgeber für die CPLP-Konferenz zu sein, soll die politische Bedeutung Osttimors in der portugiesischsprachigen Welt unterstreichen. Das Hauptinteresse bei der Konferenz galt aber einem anderen Land: Äquatorial-Guinea. Obwohl das Land spanischsprachig ist und entgegen

den CPLP-Leitlinien eine Diktatur ist, die zudem an der Todesstrafe festhält, wurde es als neuntes Mitglied aufgenommen. Beobachter vermuten vor allem angolanisches und brasilianisches Interesse an den Ölfeldern des westafrikanischen Staates als Hauptgrund für die Entscheidung.

Regierung von Osttimor, 23.7.2014

IPS News, 25.7.2014

Prabowo Subiantos Kandidatur bringt Vergangenheit wieder ins Gedächtnis

Die erfolglose Kandidatur des ehemaligen Generalleutnants der indonesischen Kopassus-Spezialeinheiten, Prabowo Subianto, für die Wahl des indonesischen Präsidenten am 9. Juli 2014 rückte die Vergangenheit des umstrittenen Politikers wieder ins allgemeine Bewusstsein, sowohl in Indonesien als auch im Ausland. Während seiner Einsätze in den späten 1970er und 1980er Jahren in dem damals von Indonesien besetzten Osttimor soll er unter anderem für die

Erschießung des ersten osttimoresischen Premierministers Nicolau Lobato, für das Kraras-Massaker 1983 an rund 300 Zivilisten und für den Aufbau von Todesschwadronen zuständig gewesen sein. Prabowo selber bestritt, an Menschenrechtsverletzungen in Osttimor beteiligt gewesen zu sein. Im Wahlkampf hatte der populistische Politiker auch seine alten Verbindungen zu dem in Jakartas Unterwelt bekannten osttimoresischen Gangster Hercules Rosario Marcal reaktiviert, um Stimmen

ezuzutreiben. Hercules wurde in den frühen 1980er Jahren als Waisenkind von der indonesischen Armee rekrutiert und später von Prabowo persönlich nach Jakarta gebracht. Letztlich half aber auch die »herkulische« Hilfe nicht: Hercules wurde im Mai 2014 wegen Geldwäsche und Erpressung zu drei Jahren Haft verurteilt und Prabowo verlor die Wahl an seinen Gegner Joko Widodo um sieben Prozentpunkte.

New Mandala, 4.7.2014

RMIT Catalyst, 9.7.2014